

# KERAMISCHER

VII/Nr. 50 BERLIN 10. Dez. 1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr Verantwortlich: Edwin Nenninger Verlag: Hermann Gröndel, beide Charlottenburg 1, Braustraße 2-5 Ruf: C 4 Wilhelm 5646 und 5647. Druck: A. Janiszewald GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## Wochen-Ereignisse

Im Freistaat Anhalt verbot das Nazi-Ministerium Freyberg in der Woche zum 3. Dezember vier sozialdemokratische Zeitungen. Das Verbot wird als ein Versuch aufgefaßt, die Berichterstattung im Landtag über die verhängnisvolle Wirtschaft der „nationalen Konzentration“ zu unterbinden.

Bei den Wahlen zur Dresdener Industrie- und Handelskammer konnten die Nationalsozialisten — ebensowenig wie in Plauen und Zittau — keinen Kandidaten durchbringen.

In der Nacht zum 30. November überfielen in Berlin zahlreiche Nationalsozialisten das kommunistische Verkehrslokal in der Pflugschloßstraße und verletzten 2 Kommunisten schwer sowie 6 leicht. Die SA-Leute feuerten dabei mehrere Schüsse ab. Die Täter konnten flüchten.

Der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Meinecke in Hasselfelde (Harz) machte mit einem in Hasselfelde in Untersuchung sitzenden, mit Zuchthaus und Gefängnis vorbestraften Gefangenen Fleischer namens Metzger (er nannte sich: Freiherr von Wangenock und Freienfels) Auto- und Vergnügungstouren in den Harz. Der Gefangene gab sich als strammer Nazi-Mann aus. Das genügte, daß der Amtsgerichtsrat Duzbrüderschaft mit ihm machte, und daß er ihn seiner Familie vorstellte. Auf einer Karte an die Frau des Amtsgerichtsrats schrieb er: „Küssen Sie mir den Nazi-Bub.“ Ein Disziplinarverfahren ist gegen den Nazi-Beamten eingeleitet.

In der Düsseldorf-Filiale der Deutschen Bank ereignete sich ein großer Finanzskandal. Der Bankbeamte Dr. Wilhelm Schäfer, der Vertrauensmann einiger rheinischer Industriellen, voruntreute 5 Millionen Reichsmark durch falsche Buchungen und ging flüchtig. Schäfer betrieb Jahre hindurch einen Vertrauensbruch allergrößten Stils und brachte den zunächst Beteiligten eine große Enttäuschung. Der Fall beleuchtet das kapitalistische Bankensystem wieder einmal in drastischer Weise. Gelingen die Finanztransaktionen, ist es gut, solange sie fehl, ist der Skandal da, im ersten Fall sind die Akteure geachtete und geniale Menschen, im zweiten Fall Verbrecher.

Die Reichsregierung hat die Prüfung des sozialdemokratischen Volksbegehrens zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Papen-Notverordnungen vom September abgeschlossen und beabsichtigt, die Durchführung vor sich gehen zu lassen.

Die ehemaligen Ententestaaten sind dem reichen Amerika noch hohe Summen aus dem Kriege schuldig. Sie hoffen, die Vereinigten Staaten würden nach dem gewährten Moratorium die Kriegsschulden streichen. Das tat Amerika nicht. Darob waren die europäischen Ententestaaten etwas empört, aber es blieb ihnen nichts anderes übrig, sie müssen zahlen. Der Abrüstungsfrage und der Weltwirtschaftskonferenz kommt die Haltung der Vereinigten Staaten nicht zugute.

Die belgischen Kammerwahlen brachten den Sozialisten einen erheblichen Stimmengewinn. Die Mandatszahlsteigerung von 70 auf 73 Sitze drückt den Gewinn an Stimmen nicht in vollem Maße aus. Die Katholiken kamen von 76 auf 80 Mandate, die Liberalen von 28 auf 23, die Kommunisten von 1 auf 3 und die Flämische Frontpartei von 12 auf 8.

Die 30-Stunden-Woche unter Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne forderte der amerikanische Gewerkschaftskongress in Cincinnati. Auch für die Regierungsangestellten wird die 30-Stunden-Woche gefordert.

Nach Washington, der Hauptstadt der Vereinigten Staaten Nordamerikas, wurden im Laufe der ersten Dezemberwoche weitere Hungermärsche von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern veranstaltet.

Ein amerikanischer Erdbebenforscher stellt im „Nieuwe Rotterdamse Courant“, die Behauptung auf, daß die letzten Erdbeben im holländischen und niederländischen Gebiet eine Folge der Trockenlegung der Zuidersee seien. Die Abdämmung der Wassermassen habe Gewichtverschiebungen der Erde hervorgerufen, die zu Erdbeben führten.

Zwischen Frankreich und Rußland wurde in Paris am 29. November ein Nichtangriffspakt abgeschlossen.

Der Schweizer Bundesrat beschloß, alle kommunistischen Beamten, Angestellten und Arbeiter aus dem Bundesdienst sofort zu entlassen.

## Forderungen der Gewerkschaften zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit

Der Reichswehrminister von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vorzüglichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat sodann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 1. November die Forderungen des ADGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister lautet:

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem

Wunsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfaßten Betrieben die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Überzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt

werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverbreiteten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitsstellen wurden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

in für Be-fallen schätzte: blieb die Arbeitszeit unverändert 528 129 811 wurde die Arbeitszeit verlängert 250 58 117 wurde die Arbeitszeit verkürzt 165 45 959 Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstrittig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuergutscheine verwaundet sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitslosen unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ornsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben; die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangestastet bleiben.

## Eine neue Reichsregierung von Schleicher Reichskanzler

Nach langwierigen Verhandlungen und Beratungen aller möglichen Stellen wurde endlich der bisherige Reichswehrminister von Schleicher mit der Neubildung der Reichsregierung betraut und zum Reichskanzler ernannt, er wird auch das Amt des Reichswehrministers behalten. Der unbelohrbare Kanzler des Unheils von Papen kehrt also nicht wieder. Aber eine Anzahl bisheriger Minister befinden sich auch im neuen Kabinett von Schleicher. Die Geschicke Deutschlands soll also ein neues Präsidialkabinett mit viel Baronen lenken. Es soll gewillt sein, seine Aufgaben mit mehr Geschick und nicht gegen den Reichstag und nicht gegen das Volk zu erfüllen. Sogar die Lohnabnah- und Notverordnung soll geändert werden. Der neue Kurs soll sich nicht mit der plumpen Schärfe wie unter Papen gegen die Arbeiterschaft richten. Einzelne Männer der neuen Regierung mögen ja dieser Ansicht sein, ob aber die Hauptinteressenten damit einverstanden sind, ist eine andere Sache. Man wird am besten abwarten, ob die Taten der neuen Regierung mit den Vermutungen übereinstimmen werden. Trotzdem besteht bei der Arbeiterschaft noch ein berechtigtes Mißtrauen gegen die alten Minister im neuen Kabinett, und selbst neue Männer wie Dr. Bracht sind durch den Papen-Kurs außerordentlich schwer belastet. Militärs führen die Politik Deutschlands, der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg und Reichskanzler General von Schleicher. Nach al dem, was hinter uns liegt, kann die Arbeiterschaft an

diesen Ausgang der Dinge keine Freude haben, denn ein Präsidialkabinett in dieser Zusammensetzung und seiner Abhängigkeit von soviel Interessenten, mit ungenügendem Rückhalt in den Parteien und unter so schwerem Krisendruck wird die Versuche des bisherigen Kurses fortsetzen, wenn es Bestand haben soll. Das liegt schon im Wesen der Entwicklung. Aber mit dem verstärkten Widerstand der Arbeiterschaft wird es dabei rechnen müssen. Trotzdem die Gewerkschaften bei dieser Regierungsbildung von dem neuen Kanzler befragt wurden, werden sie die Handlungen der neuen Regierung abwarten und ihre Rechte so vertreten, wie es die Verhältnisse gebieten. Die Arbeiterschaft läßt sich nicht zwingen, sie wird kämpfen, das hat sie unter dem Papen-Regim bewiesen. Ob die Kämpfe im Parlament oder außerhalb durchgeführt werden, hängt ganz vom neuen Regierungskurs ab.

Die neue Reichsregierung hat folgende Zusammensetzung:

- Kanzler und Wehrminister: v. Schleicher;
- Innenminister: Dr. Bracht;
- Außenminister: v. Neurath;
- Wirtschaftsminister: Prof. Dr. Warmbold;
- Arbeitsminister: Dr. Syrup;
- Ernährungsminister: v. Braun;
- Finanzminister: v. Scherwin Krosigk;
- Verkehrsminister: v. Eltz-Rübenach;
- Justizminister: Dr. Gürtner;
- Minister und Reichskommissar für die preußischen Finanzen: Dr. Popitz.

## Agitationsergebnisse im Monat Oktober

In der vorigen Nummer wurden bereits einige Agitationserfolge mitgeteilt. Diesmal folgen weitere von einigen Gauen. Es melden Neuaufnahmen:

Gau I	Kempten	12
Hameln	Monsburg	4
Gau V	München	85
Rastenburg	Rosenheim	2
Gau VII	Türkheim	12
Döbeln	Zwiesel	110
Gau VIII	Gau XIV. Nachtrag	
Katzhütte	Gammersbach	2
Gau X	Leverkusen	7
Altötting	Gau XV	
Augsburg	Lauenburg/Elbo	
Bruckmühl	24 Neuaufn. im Nov.	

Diese Ergebnisse sind erfreulich. Sie spornten zu reger Werbearbeit an. Weiter rührig agitieren. Neue Mitglieder heranziehen. Den Verband stärken. Das ist jetzt unsere große Aufgabe.

Die Zahlstelle Sonneberg erzielte in den Monaten Oktober/November 86. Boitzenburg (Elbe) im letzten Vierteljahr 28 Aufnahmen.

Im Gau 6 wurden in den Monaten August, September, Oktober folgende Aufnahmen gefordert:

Breslau	130	Waldenburg	134
Oppeln	76	Weißwasser	109
Ratibor	83		

In der Zahlstelle Osterode wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November 68 Aufnahmen gefordert.

# Unhaltbare Zustände in der Arbeitslosenversorgung

Das System der Notverordnungsgesetzgebung führt zwangsläufig dazu, die Gestaltung aller gesetzlichen Regelungen mehr und mehr völlig unkontrollierbar der Ministerialbürokratie zu überantworten. Niemand ist in der Zeit der parlamentarischen Gesetzgebung dermaßen vom grünen Tisch und ohne jede Vorstellung von den praktischen Auswirkungen einzelner gesetzlicher Bestimmungen entschieden worden, wie in der Ära des autoritären Regimes. Das gilt in ganz besonderem Maße von der sozialpolitischen Gesetzgebung, die sich nicht nur durch ihren reaktionären Geist, sondern auch durch die Unsinnigkeit ihrer Einzelergebnisse geradezu unhellvoll von der früheren Tätigkeit des Parlaments unterscheidet. Hier soll einmal in Kürze dargestellt werden, welche schlechterdings unverständlichen und untragbaren Verhältnisse sich auf dem wahrhaftig nicht nebensächlichen Gebiet der Versorgung der Arbeitslosen herausgestellt haben. Nimmt man nur den kurzen Zeitabschnitt seit der Notverordnung vom 14. Juni 1932, so kann man folgendes feststellen:

Es gibt in Deutschland noch eine sogenannte Arbeitslosenversicherung, die den versicherungspflichtigen Arbeitnehmern monatlich etwa 83 Millionen Reichsmark Beiträge abnimmt. Diese Arbeitslosenversicherung gewährt noch für die Dauer von ganzen sechs Wochen einen Rechtsanspruch auf Leistungen, die in ihrer Höhe zum Teil unter den Sätzen der öffentlichen Fürsorge liegen. Von diesem Anspruch schließt sie allerdings alle Ehefrauen und alle unterhaltsberechtigten Jugendlichen trotz ihrer Verpflichtung zur Beitragsleistung aus. Nach Ablauf der sechsten Woche, für die Ehefrauen bereits vom ersten Tage des Unterstützungsbezuges an, setzt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein, die von den Gemeinden vorgenommen wird. Dies bedeutet praktisch folgendes: Ohne Rücksicht auf die Lohnklasse der versicherungspflichtigen Arbeitslosen erhält der Arbeitslose in der Höhe der gezahlten Beiträge der Arbeitslose im besten Falle noch den Unterstützungssatz, den er in der öffentlichen Fürsorge erhalten würde. Das Lohnklassensystem kommt nur noch insoweit zur Anwendung, als der Arbeitslose den Lohnklassensatz dann erhält, wenn dieser niedriger ist als der Fürsorgesatz der Gemeinde.

Zahllose Arbeitslose erhalten infolgedessen heute Sätze, die nicht einmal mehr dem wahrhaftig nicht übertriebenen Fürsorgesatz entsprechen. Besonders empörend wirkt aber bei der neuen Regelung, daß die Richtsätze der Gemeinden und Fürsorgeverbände bei völlig gleicher wirtschaftlicher Lage eine durch nichts gerechtfertigte Unterschiedlichkeit aufweisen. Bemerkenswerte Anschläge über diese Zustände gibt ein amtliches Gutachten der Reichsanstalt, das in letzter Zeit der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Dieses Gutachten stellt einmal fest, daß namentlich in den größeren Gemeinden keineswegs etwa die mit der Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung angelegte beabsichtigte individuelle Bemessung der Unterstützung nach der Notlage des einzelnen statgefunden hat, sondern daß die Gemeinden in

Bausch und Bogen einfach ihre Richtsätze für anwendbar erklären. Nun muß man bedenken, daß diese Richtsätze festgesetzt wurden je nach den finanziellen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden, auch nach ihrer politischen Zusammensetzung und ähnlichen Gesichtspunkten, während die Mittel, aus denen die Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt werden, einheitlich im ganzen Reich, sei es durch Beiträge, sei es durch Reichsmittel, aufgebracht werden, daß also jeder innere Grund für die völlig unterschiedliche Behandlung der Arbeitslosen fehlt. In den kleineren Gemeinden kommt hinzu noch die Willkür vieler Gemeindevorsteher, die bei der Anerkennung der Hilfsbedürftigkeit rein persönliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sein lassen, z. B. noch nicht lange Ortsansässigen die Anerkennung einfach verweigern, oder etwa unter Berufung darauf, daß der Arbeitslose noch Anschaffungen gemacht habe — in einem Falle hatte ein Arbeitsloser einen Füllfederhalter gekauft — die Bedürftigkeit verneinen, oder sogar, wie festgestellt wurde, dem Arbeitslosen empfehlen, „den Bittelstab zu ergreifen“.

Daß es so nicht weitergehen kann, erkennt auch das Gutachten der Reichsanstalt an, wenn in diesem Gutachten auch vielfach gerade deshalb Kritik an der Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch die Gemeinden geübt wird, weil diese Prüfung in vielen Fällen auch zu lax gehandhabt würde. Wir wissen sehr wohl, daß auch eine Prüfung, die durch die Arbeitsämter durchgeführt wird, zu größten Ungerechtigkeiten führen kann, wenn nicht ausreichende gesetzliche Schutzbestimmungen gegeben sind. Aber man muß dem Gutachten zustimmen, wenn es für die Unterstützung der Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung einheitliche Unterstützungssätze und einheitliche Anrechnungsvorschriften verlangt. Soweit überhaupt eine Bedürftigkeitsprüfung statfindet, ist besser, wenn sie nicht von der Zufälligkeit des örtlichen Richtsatzes, sondern von einheitlichen Maßstäben, die sich kontrollieren lassen und die allein eine Rechtssicherheit verbürgen, abhängig gemacht wird.

Allerdings kann man sich mit dieser Forderung nicht begnügen, sondern in erster Linie muß verlangt werden, daß dem gewaltigen Beitragsaufkommen der Reichsanstalt endlich auch wieder ein wirklicher Rechtsanspruch gegenübergestellt wird. Für die Versicherungsleistungen der ersten sechs Wochen des Unterstützungsbezuges werden kaum 10 bis höchstens 15 Proz. der Beitragseinnahmen benötigt. Der ganze übrige Teil dient heute zur Finanzierung von Fürsorgeleistungen; denn der sogenannte Versicherungsbezug nach Ablauf der sechsten Woche, der von der Hilfsbedürftigkeit abhängig ist, stellt ja keine echte Versicherungsleistung dar. Der Versicherungsbeitrag ist daher heute fast nur noch als eine völlig ungerechte Sonderbesteuerung des Arbeitsplatzes anzusehen, für die jede Berechtigung fehlt, wenn nicht auch die Versicherungsleistung wieder hergestellt wird. Dies um so mehr, als ja neben dem Beitrag noch die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe er-

hoben wird, die gleichfalls in erster Linie nur die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer trifft, die damit also ohnedies zu den Fürsorgekosten ein gut Teil beitragen.

Außerdem verlangt auch das Problem der 2,2 Millionen Wohlfahrtsverwerbslosen, die heute in der gemeindlichen Fürsorge unterstützt werden, endlich eine Lösung in dem Sinne, daß diese Wohlfahrtsverwerbslosenfürsorge mit der Krisenfürsorge vereinigt und nach Grundsätzen durchgeführt wird, die den Bedürfnissen von arbeitslosen Arbeitnehmern entsprechen. Dazu gehört insbesondere auch die Gewährleistung der Krankenversicherung und der Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Invalidenversicherung für diese langfristigen Arbeitslosen aus Mitteln der Fürsorge.

Ein besonders bemerkenswertes Beispiel für die Methoden unserer heutigen Gesetzgebung stellt aber auch die sogenannte Milderungsverordnung der Papen-Regierung dar, die für die Arbeitslosen in den Lohnklassen I bis VI Winterzuschläge von 2 bis 4 RM vorsieht. Es ergab sich nämlich, daß nach dieser Verordnung die Arbeitslosen aus den höheren Lohnklassen, die also entsprechend auch höhere Beiträge bezahlt hatten, nunmehr zum Teil noch niedrigere Unterstützungen erhielten als die Arbeitslosen aus den unteren Lohnklassen. Auch das war das Ergebnis der Hilfsbedürftigkeitsprüfung, die ja bei der Festsetzung des Richtsatzes nicht nach der Lohnklasse fragt und somit praktisch den Arbeitslosen der höheren Lohnklasse vielfach mit dem der unteren Lohnklasse gleichstellt, während die Gewährung des Winterzuschlags an die Zugehörigkeit zu einer der unteren Lohnklassen gebunden war. Erst den energischen Vorstellungen der Gewerkschaften,

die auf die sich ergebenden unhaltbaren Zustände immer wieder hingewiesen haben, ist es in den letzten Tagen gelungen, eine Änderung der Verordnung dergestalt herbeizuführen, daß die Angehörigen der höheren Lohnklassen wenigstens keinen geringeren Unterstützungssatz erhalten als die Angehörigen der Lohnklasse VI.

Bei alledem haben wir bisher noch nicht die unvorstellbar bürokratische Weise geschildert, in der die Bestimmungen heute in der Praxis durchgeführt werden. Namentlich bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung findet ein ununterbrochener Transport der Akten vom Arbeitsamt zum Wohlfahrtsamt, vom Wohlfahrtsamt wieder zum Arbeitsamt statt, weil ja sehr häufig in dem Augenblick, in dem die Feststellung über die Bedürftigkeit von der Gemeinde getroffen und bis ans Arbeitsamt zurückgelangt ist, die Verhältnisse des Arbeitslosen (Familieneinkommen usw.) sich bereits wieder geändert haben. Alles das geschieht unter der Parole „Vereinfachung und Verrbilligung“, aber es geschieht auf dem Rücken der Arbeitslosen, mit denen eine wirklichkeitsfremde Bürokratie herumexperimentiert.

Auch die Sozialpolitik der früheren Jahre hat Arbeitern wie Arbeitslosen nicht immer gefallen. Aber heute dürfte es wohl keinen denkenden Menschen mehr geben, der nicht die Zeit herbeisehnt, wo Deutschland wieder ein Rechtsstaat in gutem Sinne des Wortes wird. Und auch heute noch während die Verhältnisse vielleicht noch trostloser und die gesetzlichen Regelungen noch sinnloser sein, wenn nicht durch ununterbrochene Bemühungen der Gewerkschaften so manches Unheil abgewehrt, so mancher Fehler aufgezeigt würde. Dieser Kampf wird nicht eingestellt werden, bis wir auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung endlich wieder zu menschenwürdigen Zuständen gekommen sind.

## 40 Jahre Maschinisten- und Heizer-Verband

Im November 1892 wurde der Zentralverband der Maschinisten und Heizer auf einer Tagung in Berlin von 17 Delegierten gegründet. Aus Vereinen, Vereinigungen und Verbänden kam der Verband im Laufe der Jahre zustande. Es war keine leichte Arbeit, die einzelnen Ortsvereine und Lokalvereinigungen allmählich zum arbeitsfähigen Zentralverband zu bringen; aber sie wurde geleistet. Im Jahre 1900 wurde beschlossen, Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen zu zahlen. 1906 bekam die Organisation durch Verbandstagsbeschlüsse ihren eigentlichen Kampfcharakter. Besoldete Gauleiter wurden gewählt und der Kollege Franz Scheffel mit dem Amt als Vorsitzender betraut. Als Kollege Scheffel 1918 die Führung des Einheitsverbandes der Eisenbahner übertragen erhielt, trat Hermann Klebe an seine Stelle im Zentralverband der Heizer und Maschinisten, der auch heute noch im Amte ist.

In der Inflationszeit waren die Heizer und Maschinisten stolz auf ihre 110.000-Mann-Organisation; die Entwicklung der Technik brachte aber einen ziemlich starken Rückschritt. Wo einst Hunderte von Kesselheizern

standen, geht die Kesselfüllung automatisch vor sich, und einige wenige Kontrollbeamte regulieren große Werke an Apparaten. Heizer und Maschinisten wurden übrig. Jetzt sind noch 45.000 im Verband; aber auch die haben noch die Hand an den Hebeln der Maschine, die unsere verkümmerte Wirtschaft noch in Gang hält. In der Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterschaft stellen sie einen Machtfaktor dar, ohne den die Wirtschaft nicht funktionieren kann. Mögen sich alle Fleiher und Maschinisten dessen bewußt sein; ihre organisierte Stärke ist ihre Macht.

## Aufstieg der Volksfürsorge

Die „Volksfürsorge“, jenes große und erfolgreiche gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsunternehmen, verzeichnete an Neuanträgen im August 10.025, im September 11.322 und im Oktober 13.218. Wenn auch die Neuanträge gegenüber der früheren Zeit zurückgegangen sind, so ist doch ein solcher Fortschritt in dieser Zeit doppelt hoch zu bewerten. Es liegt an uns, die „Volksfürsorge“ auch hinfort leistungsfähig zu erhalten.



## Konjunkturelles aus der Glasindustrie

In der Glasindustrie fehlen immer noch die Anregungen zur Konjunktur-Besserung, die sich für andere Industriezweige aus der Befestigung der Rohstoffmärkte ergeben haben. Es mag das dadurch zu erklären sein, daß die Glasindustrie vom Auslande nur wenig rohstoffabhängig ist.

Der Rohstoffanteil vom Auslande am Produktwert gemessen beträgt nur etwa 6-7 vom Hundert. Würde der Rohstoffanteil wie z. B. in der Lederindustrie rund 60 vom Hundert oder der Schuhindustrie rund 50 vom Hundert betragen, so dürfte sich bereits die Befestigung der Rohstoffmärkte, konjunkturell betrachtet, in der Glasindustrie bemerkbar gemacht haben. Weil dem so ist, kann nunmehr beim Anlaufen der Abwärtsbewegung und bei einer Bereinigung der Rohstoffmärkte nicht eine Anregung der Geschäftstätigkeit der deutschen Glasindustrie unmittelbar erfolgen.

Im Gegensatz zur Entwicklung in besonders rohstoffabhängigen Industrien ist die Erzeugung der Glasindustrie in den letzten Monaten noch leicht zurückgegangen. Die Index-Ziffer der Glasproduktion (1928 = 100) stellt sich für September auf 43,3, Juni 52,7 und Februar 1932 auf 60,0. Die Beschäftigungsmöglichkeiten der Glasarbeiter haben sich vergleichsweise etwas günstiger entwickelt. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß sich zunehmende Bewegungsunterschiede zwischen der kapitalintensiven, weniger Arbeiter beschäftigten Flachglasindustrie und der im allgemeinen weniger maschinellen, mehr Arbeiter beschäftigten Hohlglas-Produktion herausgebildet haben.

Die Flachglasindustrie hatte sich bis Anfang 1932 verhältnismäßig gut gehalten. Während die gesamte Glaszeugung bedeutend zurückgegangen war, hatte sich die Erzeugung von Flachglas nur um ein Geringes vermindert. Am gesamten Produktionsvolumen der Glasindustrie war Flachglas in zunehmendem Maße beteiligt. Im Jahre 1928 betrug der Anteil der Flachglasindustrie 26 vom Hundert, Anfang 1932 bereits 48 vom Hundert. Es kann hier zugegeben werden, daß der Anteil der Flachglaszeugung an dem gesamten Produktionsvolumen der Glasindustrie 1932 saisonmäßig etwas überhöht war. Trotzdem ist diese Entwicklung in der Flachglasindustrie besonders bemerkenswert. Es muß festgestellt werden, daß der Verlauf der Krise in fast allen Industriezweigen gleichzeitig Produktions- und Verbrauchsgüter herstellen, der Anteil der Produktionsgüter — zu denen doch Flachglas gehört — zurückgegangen ist. Man kann nur eine Erklärung hierfür finden, daß es möglich war, eine ganz bedeutende Ausfuhrsteigerung

zu erreichen. Das Institut für Konjunkturforschung stellt fest, daß es der Flachglasindustrie möglich war, den Ausfuhranteil in der deutschen Glasindustrie von 4 vom Hundert im Jahre 1928 auf 30 vom Hundert im 3. Vierteljahr 1932 zu steigern. Damit hat sich Deutschlands Stellung in der internationalen Flachglasindustrie auch in der Krise verbessert.

Im Gegensatz zur Flachglasindustrie hat die Hohlglasindustrie ihre Erzeugung seit Mitte des Jahres etwa auf gleichbleibendem Stand halten können. In den Jahren seit 1930 war allerdings ein scharfer Rückgang zu verzeichnen. Der Export von Wirtschaftsgläsern aller Art hat sich seit 1930 beträchtlich vermindert. Der inländische Handel aber hat, wenn auch in beschränktem Umfang, der Erzeugung eine gewisse Stütze gegeben. So verschieden sich Hohl- und Flachglasindustrie im Abschwungverhalten haben, ebenso verschieden sind die Kräfte, die einen konjunkturellen Tendenzumschwung herbeiführen könnten. Die zukünftige Entwicklung der Flachglasindustrie hängt entscheidend von der zukünftigen Gestaltung des Baumarktes ab. Die Mehrzeugung von Hohlglas wird letzten Endes durch vermehrte Nachfrage des letzten Verbrauchers bestimmt sein. Für die deutsche Hohlglasindustrie ist es demzufolge von entscheidender Bedeutung, wie sich die Kaufkraft der breiten Masse für die Zukunft gestalten wird. Die Steigerung der Kaufkraft herbeigeführt werden, so dürfte auch die Beschäftigung gegeben sein, das Produktionsvolumen zu vergrößern, und damit den Anteil an der Produktion der Glasindustrie zu steigern. Neben dieser Notwendigkeit müssen die Glasindustriellen den ernstesten Wettbewerb der Erzeugung des Absatzes

der Produkte Ordnung in den eigenen Reihen herbeizuführen.

Für die deutsche Glasindustrie im allgemeinen ist es ein dringendes Bedürfnis, daß sich der Baumarkt und die Masseneinkommensverhältnisse recht bald heben. Die Glasindustriellen müssen endlich erkennen, daß nur auf Grund eines gesunden und kaufkräftigen Inlandmarktes eine Steigerung des Exports der deutschen Glasindustrie möglich ist. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lehren, daß die Glasindustrie später als andere Industrien aus der Krise herauskommen wird.

Auf Grund der Beschäftigungsmöglichkeit in der deutschen Glasindustrie haben die Glasarbeiter seit 1930 ungeheure Not gelitten. Von 100 organisierten Glasarbeitern waren unter Umrechnung der Kurzarbeiter in Vollarbeiter im Jahre

1927	91,1 %	1929	87,1 %
1928	90,1 %	1930	71,4 %
1931/Anfang	54,4 %	1932 Juli	44,5 %
1931 Juli	58,6 %	1932 Aug.	41,7 %
1931 Aug.	55,3 %	1932 Sept.	41,5 %
1931 Sept.	52,8 %	1932 Okt.	45,3 %
1931 Okt.	53,5 %		

vollbeschäftigt.

Diese Beschäftigungszahlen beweisen, wie bereits bemerkt, daß eine ungeheure Not unter den Glasarbeitern vorhanden sein muß. Alle Phrasen-Parolen der Nazis und Kommunisten können eine Besserung nicht herbeiführen. Die Glasarbeiter werden dem Fatalismus nicht verfallen; sie werden erkennen, daß nur eine starke gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, Besserungen herbeizuführen. Die Glasarbeiter werden aus dieser Erkenntnis alle Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, Abteilung Keramischer Bund, werden; gilt es doch, für die Zukunft gerüstet zu sein, um Verlorenes wieder erkaufen zu können.

M. Eriker.

## Tarifikündigung für die Farbenglasindustrie

Vom Arbeitgeberverband der deutschen Farbenglasindustrie wurde der I. Tarif für die deutsche Farbenglasindustrie zum 31. Dezember 1932 aufgekündigt.

Die Aufkündigung erfolgte, um weitere Lohnabbaumaßnahmen durchführen zu können. Wie sind die Verhältnisse gelagert? In keinem Zweig innerhalb der deutschen Glasindustrie sind in der Vergangenheit Lohnabbaumaßnahmen in solchem Umlange vorgenommen worden, wie es in der Farbenglasindustrie der Fall ist. Trotzdem liegt die Industrie zur Zeit fast vollständig laedert.

Diese Erscheinung dürfte beweisen, daß es unmöglich ist, eine Industrie durch Lohnabbaumaßnahmen auf die Beine bringen zu können. Trotzdem greift man vom Arbeitgeberverband

immer wieder zu diesen unantagonischen Mitteln. Die Herstellung der Produkte durch den Glasmacher erfordert eine derartige körperliche und geistige Anstrengung, die beispielsweise dasitzen dürfte. Die Arbeitgeber in der Farbenglasindustrie mögen sich dessen bewußt sein, daß bereits die Geduld der Arbeiter auf das höchste Maß in Anspruch genommen worden ist, und daß der Krug nur solange zum Brüllen gehen kann, bis er zerbricht.

Sollte sich in der Farbenglasindustrie das alte Sprichwort bewahrheiten:

„Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit“, so ist bestimmt die Arbeiterschaft nicht schuld daran.

## Falsche Fieberthermometer!

Das Thüringische Staatsprüfamt in Ilmenau macht in der Zeitschrift „Glas und Apparat“, Weimar, Nr. 24, Jahrg. 1932, bekannt, daß der Kaufmann Franz Schubarth in Geraberg Fieberthermometer hergestellt und in den Handel gebracht hat, die staatlich nicht geprüft sind.

Von verschiedenen Erzeugerkreisen wurde bereits seit längerer Zeit über die niedrigen Angebote von seinen der Heimindustrie in Fieberthermometern geklagt. Dies ließ die Vermutung aufkommen, daß die Fieberthermometer, um die Prüfgebühr von 8 Pf. für das Stück zu umgehen, ohne Stempelung ungeprüft in den Verkehr gebracht werden oder daß bei diesen das amtliche Stempelzeichen gefälscht wird. Durch die Beamten des Staatsprüfamtes wurden bei einer Großhandlung in Hamburg Fieberthermometer festgestellt, die auf Fälschung schließen ließen. Da jedes Fieberthermometer mit dem Namen des Herstellers oder mit einer Hersteller Nummer versehen sein muß, so konnte baldigst die Lieferfirma der gefälschten Fieberthermometer festgestellt werden.

Der Hersteller dieser Thermometer, der Kaufmann Franz Schubarth in Geraberg, wurde verhaftet. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er die Fieberthermometer selbst nachts stempelte. Er behauptete, daß er im Juni d. J. den Stempel von einem Hausierer gekauft habe. Die Durchsuchung an Ort und Stelle förderte eine Menge Belastungsmaterial gegen Franz Schubarth zutage. Aus dem umfangreichen Material konnte bisher festgestellt werden, daß in den Jahren 1931/32 etwa 80.000 Fieberthermometer mit dem gefälschten Stempel versehen worden sind.

Wie unverantwortlich und der Fieberthermometer-Industrie schädigend genannter Franz Schubarth gehandelt hat, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

Das Fieberthermometer ist ein wichtiges Instrument am Krankenbett, von dessen Zuverlässigkeit sehr häufig das Leben eines Menschen abhängt. Die durch genannten Schubarth niedrigen Preise der Fieberthermometer sind zweifelsohne dazu angefaßt, die Not der Thüringer Heimarbeiter durch die niedrigen Löhne noch weiter zu vergrößern. Steht doch fest, daß durch die niedrigen Preise, die Schubarth ermöglichten, die gefälschten Fieberthermometer auf den Markt zu bringen, ein größerer Lohnruck von seinen anderer Firmen auf die niedrigen Heimarbeiter-Löhne erzeugte.



### Händler verlangen weiter Zugabeverbot

Trotzdem im Juni d. J. von der Reichsregierung im Wege der Notverordnung auf Grund des Art. 48 RVerf. eine Verordnung über das Zugabewesen erlassen worden ist, — kein völliges Verbot — sind die Händler schon wieder am Werk, ein Zugabeverbot zu erwirken. Wie uns bekannt geworden ist, beabsichtigt der Einzelhandelsausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages in der für Anfang Dezember angesetzten Hauptversammlung die Zustimmung zu einer am 6. Oktober d. J. gefaßten werblich-reklamefindlichen Entscheidung durchzusetzen. Sonderbarerweise fordern gerade diejenigen Kreise — die Händler — ein Zugabeverbot, die das Zugabewesen früher eingeführt haben.

Man kann zu dem Zugabewesen stehen, wie man will, fest steht, daß viele Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen eine lohnende Beschäftigung mit der Herstellung von Waren und Artikeln für Zugabe und Wertreklame gefunden haben.

Eine Reichsregierung, die sich wieder einmal mit diesen Dingen beschäftigen muß, wird noch sehr ernst prüfen müssen, ob die heutige Zeit mit ihrer großen Arbeitslosigkeit geeignet ist, gerade jetzt ein solches Verbot zu erlassen. Die Reichsregierung unter Brüning, der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat, der Preussische Landtag, alle Industrie- und Handelskammern Deutschlands, dazu die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, haben sich schon einmal und sehr ausgiebig mit diesem Thema beschäftigen müssen und dabei gefunden, daß die Frage, Verbot oder Nichtverbot des Zugabe- und Wertreklamewesens so ganz einfach nicht zu lösen ist.

Namhafte Wirtschaftsverbände und die Handelskammern der bedeutendsten Wirtschaftszweige Deutschlands, u. a. Hannover, Bremen, Isertobn, Solingen, Leipzig, Nürnberg, Augsburg und Regensburg haben sich dafür ausgesprochen, die Wertreklame als vollberechtigtes Werbemittel im großen Komplex der Reklame unangetastet zu lassen. Auch die Gewerkschaften haben eine rosen Aufklärungsarbeit im gleichen Sinne geleistet.

Grundlegend kann man das Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu der Forderung eines gesetzlichen Zugabeverbotes bezeichnen:

„Für die große Mehrzahl der Mitglieder des Arbeitsausschusses kam ein radikales Verbot des Zugabewesens um deswillen nicht in Frage, weil ein Eingreifen der Gewerkschaftszugebung zum Zwecke der Anschließung einer einzelnen und von weiten Kreisen angewandten Reklamemethode nur dann möglich wäre, wenn ihre Unlauterkeit oder ihre durchgängige Schädlichkeit nachgewiesen werden können. Das aber ist nach Überzeugung der großen Mehrzahl der Mitglieder des Arbeitsausschusses nicht der Fall gewesen.“

Die Vertreter der Gewerkschaften und besonders die der Porzellan-, Steingut-, Glas-, Gummi- und Spielwarenbranche hatten Ge-

legenheit, im Reichswirtschaftsrat ausführlich ihre Stellungnahme zu begründen und darauf hinzuweisen, daß allein in den oben angeführten Berufsgruppen viele Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen Zugabeartikel herstellen. Einwandfrei steht fest, daß in der Porzellan- und Steingutindustrie 6000 bis 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Artikeln beschäftigt sind. Und niemand kann behaupten, wenn diese Artikel nicht als Zugabe erhältlich wären, ob sie gekauft würden. Das trifft bestimmt nicht auf die sogenannten Wertreklameartikel zu, wie z. B. Aschenschalen, Kartenschalen, Zehnstocherbehälter, Streichholzständer, Senf-, Salz- und Pfeffermengen aus Porzellan. Der Gastwirt, der diese Dinge heute von irgend-einer Lieferantenfirma als Reklameartikel erhält, wird sie in Zukunft bestimmt nicht in gleicher Zahl und Güte kaufen. Nur ein geringer Teil der heute als Zugabeartikel verteilten Erzeugnisse würde auf „normalem“ Wege durch den Fachhandel Absatz finden, denn der Umsatz in Zugabeartikeln ist in hohem Maße zusätzlicher Art. Gibt es doch in der Porzellan- und Steingutindustrie die ausschließlichen Wertreklameartikel (Aschenschalen für Zigarettenfirmen) herstellend. Diese wären bei einem Verbot vor die Stillelegung gestellt.

Wir halten es für richtig, sich bei der Neuordnung des Zugabewesens an das Gutachten des Reichswirtschaftsrates zu halten. Denn grundsätzlich ist nicht einzusehen, warum das besonderen Bedürfnissen angepaßte Zugabewesen als Reklamemittel, sofern es nicht un-kauter gehandelt wird, verpönt sein soll gegenüber anderen Reklamemitteln, die natürlich die Produktions- und Betriebskosten zu Lasten des Verbrauchers genau so erhöhen, wie es bei Zugaben der Fall ist.

In solchen Zeiten, wie gegenwärtig, darf auf keinen Fall ein Gesetz erlassen werden, das in seinen Auswirkungen eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Beim Verbot des Zugabewesens wäre das aber der Fall. Darum: Hände weg von einer gesetzlichen Regelung, die nur Arbeitslose schafft. Es sollte eher alles getan werden, Beschäftigung für Arbeiter herbeizuführen, das ist dem Staat und dem Volk dienlicher. ApeL.

### Selb

Die Firma Paul Müller mußte vor einigen Wochen Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen. Einer der Gekündigten legte beim stellvertretenden Arbeiterratsvorsitzenden, Herrn Christian Baumann, Einspruch ein. Baumann als revolutionärer RGO-Mann wußte nicht einmal, daß der Einspruch in einer Sitzung des Arbeiterrates behandelt werden muß. Er ging zur Direktion und erklärte, daß der gekündigte Arbeiter Einspruch eingelegt hat. Damit war für den RGO-Betriebsrat die Sache erledigt. Der Vertreter der Firma verlangte bei der arbeitsgerichtlichen Verhandlung die Vorlage des Protokolls, welches nach den Bestimmungen des

BRG über die Behandlung des Einspruches zu führen ist. Da weder ein Protokoll noch ein Nachweis über die Behandlung des Einspruches durch den Arbeiterrat in einer Sitzung erbracht werden konnte, wurde der Kläger abgewiesen.

Nun wiederholte sich am 21. November vor dem Arbeitsgericht Selb ein gleichartig gelagerter Fall. Die Firma Rosenthal G.m.b.H., Porzellanfabrik in Rosenthal, kündigte einen Arbeiter wegen Arbeitsmangel und nahm zugleich Neueinstellungen vor. Der Gekündigte legte Einspruch beim Arbeiterrat ein. Der RGO-Arbeiterratsvorsitzende Künzel hat diesen Einspruch nicht behandelt. Vor dem Arbeitsgericht erklärte der RGO-Mann Künzel, dem Arbeiterrat steht kein Raum und keine Zeit zur Verfügung, um derartige Sachen ordnungsgemäß behandeln zu können (Ein sauberer Revolutionsführer.) Der Gewerkschaftsvertreter hat unter diesen Umständen Vertagung beantragt; um aber nicht noch unnötige Kosten zu verursachen, muß die Klage doch zurückgezogen werden, so daß der Arbeiter auch in diesem Fall der Geschädigte ist.

Diese beiden Fälle beweisen, daß die RGO-Vertreter wohl große Phrasen dreschen können, aber bei der praktischen Arbeit gänzlich versagen. Die geschädigten Arbeiter würden gut tun, gegen die beiden RGO-Helden Schadenersatzklage zu stellen. Die RGO-Strategen schimpfen über das Arbeitsrecht, haben aber von den einfachsten Bestimmungen keine blasse Ahnung. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Gewerkschaften zu verleumden, ohne daß sie in ihrer grenzenlosen Dummheit erkennen, welche Dienste sie den Unternehmern dadurch erweisen. Kollegen und Kolleginnen! Lernt daraus, gebt den Maulhelden die richtige Antwort, indem ihr die Irrgeführten wieder dem Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiter-Verbandes, zuführt.

Bei den Porzellanfabriken Joseph Rieber und Co. AG., Selb-Thiersheim Mitterteich belief sich der Produktionsgewinn im Geschäftsjahr 1931 auf 148 583 (i. V. Ertrag und Gewinnvortrag 261 241) RM. Demgegenüber erfordern Unkosten 136 820 (219 561) RM. Nach Abschreibungen von 57 225 (33 678) RM schließt die Gesellschaft mit einem Verlust von 45 463 (i. V. Gewinn 8003) RM. Aus der Bilanz: Vorräte 0,07, Außenstände 0,25 und Kasse, Wechsel, Wertpapiere 0,04 (i. V. Umlaufvermögen 0,46) andererseits bei einem nur AK. von 0,40 Verbindlichkeiten 0,17 (0,28) Millionen RM.

### Agitation tut not

In den letzten Wochen sind ca. 6000 Kollegen und Kolleginnen in der Porzellan- und Steingutindustrie zur Einstellung gelangt. Eine Anzahl der Neueingestellten hat die Notwendigkeit erkannt, daß sie sich der Organisation anschließen muß. Unter denen, die nicht von selbst diese Einsicht gewonnen haben, muß stärkste Agitation für den Verband getrieben werden. Sie müssen der Organisation unbedingt als Mitglieder zugeführt

werden. Die Lücken in den Betrieben müssen geschlossen werden.

Kolleginnen und Kollegen! Heißt alle mit, klärt die neu eingetretene Arbeiter über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses auf. Belächelt sie in den Betrieben von Mund zu Mund, treibt Hausagitation.

Einer für alle, alle für einen im Verband muß die Lösung sein.

### Maschinen in der Porzellanindustrie

Die Deutsche Keramische Gesellschaft hatte kürzlich in Berlin eine Tagung, auf der auch der Arbeiterschaft mehrerer Fabriken bekannte Dipl.-Ing. Georg Helm über Neuerungen und Fortschritte im keramischen Maschinenbau referierte. In seinen Ausführungen verweist er darauf, daß die Jahrtausende alte Töpferscheibe durch die Arbeit des Ingenieurs ersetzt wird. In Frankreich hat man Maschinen zum Formen von Tassen und Tellern entwickelt, die jetzt in Deutschland verbessert worden sind. Mit großer Geschwindigkeit rotierende Schablonenköpfe werden dabei in die Formmasse hineingetaucht und erzeugen in vier bis sechs Sekunden das fertige Stück. Mit Hilfe einer solchen Maschine gelingt es, in einer Stunde 600 Teller von 23 Zentimeter Durchmesser zu erzeugen. Auch zum Herstellen keramischer Platten hat man automatische Pressen zur Verfügung, deren Leistungsfähigkeit 700 bis 750 Stück in der Stunde betragen. Der Arbeiter, dem bis zu fünf Pressen unterstellt werden können, hat nur das Heranschaffen der Formmasse sowie die Reinigung der Matrizen und Stempel zu besorgen.

Wenn die Tellermaschine ihren Einzugs in alle Fabriken hält, dann sind die Tellerdreher übrig. Ihr Fluch wird freilich den Siegeszug der Maschine nicht aufhalten. Menschen werden übrig, das ist der Effekt der Maschinerie.

### Dänemark

Der dänische Arbeitsaufsichtsdienst hat eine Reihe von Untersuchungen auf dem Gebiete des gewerblichen Gesundheitsschutzes durchgeführt, die sich insbesondere auf die Herstellung von Darmaiten und Putzmitteln, die Verpackung von Giftstoffen, die Steinindustrie, die Porzellanindustrie usw. erstrecken. Das Ergebnis der Untersuchung hat in den meisten Fällen bestätigt, daß es notwendig ist, neue Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter zu ergreifen, insbesondere gegen die Staubgefahren, und hier vor allem gegen den Kiesstaub.

Von 213 untersuchten Arbeitern litten 87 unter Berufskrankheiten, außerdem wurden 7 Todesfälle infolge von Silikose festgestellt. Von 55 den Bleigefahren ausgesetzten Arbeitern wiesen 3 klinische Symptome auf. Bei 117 Arbeitern wurden Röntgenaufnahmen zur Feststellung der Silikose gemacht. 4 Arbeiter litten unter Metallvergiftung, und 36 beklagten sich über Störungen, die durch Teerdämpfe verursacht wurden.



### Ein unsozialer Unternehmer

Für die Ziegelindustrie der Kreishauptmannschaft Zwickau i. Sa. bestand für das Jahr 1932 kein Lohnarif. Das „freie Spiel der Kräfte“, wie es die Unternehmer nennen, zeigte sich in völliger Nacktheit. Löhne, die kaum über den Richtsätzen der allgemeinen Fürsorge lagen, waren keine Seltenheit. Dabei mußten die Ziegelarbeiter dieselbe Arbeit verrichten, bei der sie noch vor zwei Jahren 150—250 Prozent mehr verdienten. Die Ziegelpreise dagegen sind (vor allem im Bereich der Ziegelverkaufsvereine des Reichsbach i. V.) kaum merklich gefallen.

Unter der Devise, daß die Produktionskosten zu hoch sind — die Ziegelindustrie nicht mehr konkurrenzfähig ist, sie dauernd von der Substanz leben muß — hat der Landesverband der Sächs. Ziegeleien nunmehr auch den Mantelvertrag zum 31. Dezember 1932 aufgekündigt. Die Ziegeleientnehmer verlangen Beseitigung der Überstundenzuschläge, die bisher 20—25 Prozent betragen haben; Beseitigung der Brennerzuschläge; Beseitigung der Zuschläge für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, die in der Ziegelindustrie nicht zu vermeiden sind. Herabsetzung der Akkordzuschläge von mindestens 25 Prozent auf 10 Prozent. Die Wanderarbeiter sollen die Wohn- und Schlafräume, sowie Heizung und Licht nicht mehr unentgeltlich bekommen. Urlaub, der gegenwärtig in der Spitze (nach 5 und mehr Jahren) 6 Tage beträgt, soll in Zukunft nicht mehr gezahlt werden. Auch sonst werden vom Landesverband in allen Positionen Verschlechterungen gefordert.

Die Fa. Donnerhak, Ziegelwerke Brockau u. Limbach, scheint jedoch mit dem Verlangen des Landesverbandes nicht einverstanden zu sein. Ihr scheint die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht schnell genug gehen. Tra — a jetzt noch ein Vertrag vorhanden ist, der auch diese Firma bindet, zahlt sie nur 50 Prozent des tariflichen Urlaubs aus. Da sie jedoch weiß, daß sie gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ja, daß ihr Verhalten sittenwidrig ist, da sie doch an den Vertrag gebunden ist, läßt sie die Arbeiter unterschreiben erklären, daß sie (die Arbeiter) mit dieser geringen Urlaubsentschädigung einverstanden sind. Die Firma, die immer sehr gut von ihrem Syndikus, Dr. Wolf, Zwickau, beraten wird,

weiß ganz genau, daß sie ein unzulässiges Rechtsgeschäft vornimmt; denn der Inhaber der Firma erklärte den Arbeitern, als er sein Verlangen vortrug, daß er wohl den Urlaub voll zahlen müsse, wenn die Arbeiterschaft darauf bestehen würde, daß aber die Arbeiter, die ihr Recht beanspruchten würden, nicht mehr damit rechnen brauchten, jemals Arbeit zu erhalten.

Der Arbeiterschaft aber sollte dieses Verhalten des Herrn Donnerhak zu denken geben. Hier an dieser Tatsache zeigt sich so recht deutlich der Mann mit dem „sozialen Empfinden“, der zu einer Zeit, wo die Arbeiterschaft seiner Betriebe 100prozentig organi-

### „Ton-Industrie-Zeitung“ über den Wert der Organisation

„In sozialpolitischer Hinsicht sind die Organisationen nach den bestehenden Gesetzen imstande, Tarife, die für die Allgemeinheit bestimmt sein sollen, abzuschließen. Solange diese Tarife für allgemeinverbindlich erklärt wurden, wurde der Verbandsverbindlichkeit auch erfüllt. Da nach dem Reichsarbeitsministerium Allgemeinverbindlichkeits-Erklärungen nicht mehr zu erwarten sind, so würden die Tarife von jetzt ab nur noch für die Mitglieder des Verbandes Geltung haben. Hierdurch können leicht Ungerechtigkeiten entstehen dadurch, daß die Unorganisierten freie Bahn haben und sofort die Preise drücken können.“ Ich kann mir denken, daß manche erklären werden, daß sie die Gelder für eine Organisation nicht aufbringen können. Die Beiträge werden aber geringer werden, wenn alle Firmen einer Industriebranche ihrem Verbande angehören müßten.“

Wo stehen diese goldenen auf eine Organisation gemünzten Worte? In der „Ton-Industrie-Zeitung“, dem Fachorgan der deutschen Ziegelindustrie. Setzt man an die Stelle der Wörter „Preise“ Löhne und „Einkünfte“ Arbeiter, kann der ganze Abschnitt ebenso gut in jeder Gewerkschaftszeitung stehen. Genau so, wie es im Arbeitgeberlager noch Schmarotzer gibt, es auch im Arbeitnehmerlager noch Millionen von Arbeitern, die auch ernten ohne zu säen. Die es sich gern gefallen lassen, daß die Organisation für sie die Lohn- und

sicht war, immer behauptete, daß er gerne mehr bezahlen wollte, aber durch den Tarifvertrag und das Verhalten seiner Kollegen (die übrigen Arbeitgeber) daran gehindert sei. Das jetzige Vorgehen straft ihn Lügen. Den Arbeitern aber sei gesagt: Denkt an die Zeit, wo der Fabrikarbeiterverband in diesen Betrieben Einfluß hatte. Denkt an die Zeit, wo ihr 3- bis 4mal mehr verdient habt. Wo auch die Betriebsvertretung ein entscheidendes Wörtchen mitzureden hatte. Haben Euro Verbandsbeiträge nicht 100- und mehrfach Zinsen getragen? Ihr spart ein Weniges von Euren kargen Lohn, indem ihr die Verbandsbeiträge spart, dafür aber „spart“ die Firma das 10-, 20- und 50fache an Euch. Zieglerkollegen! Soll der Zustand beseitigt werden, so helft mit am Aufbau, indem ihr dem Verband der Fabrikarbeiter beitretet. Nur dort werden Eure Interessen restlos vertreten. Die Abbauwünsche der Unternehmer werden dann nicht in Erfüllung gehen. Joe.

ihr eigenes Verhalten an ihren Einkünften noch stärker fühlen werden, als sie es schon gespürt haben. Es gibt für die Arbeiterschaft keinen anderen Weg, will sie sich annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten bzw. erringen, als die restlose Zusammenfassung in der gewerkschaftlichen Organisation.

Auch in der Beitragsfrage trifft dasselbe für die Arbeiterschaft zu, was die „Ton-Industrie-Zeitung“ für die Unternehmer auftrifft. Ganz abgesehen davon, daß sich der Beitrag mehrfach durch die durch die Organisation erreichten und gehaltenen Lohnsätze bezahlt macht, würden die notwendigen Beiträge, bei voller Aufrechterhaltung der bislang von den Gewerkschaften gewährten sozialen Leistungen, bedeutend geringer sein können, wenn alle Arbeitnehmer ihre solidarische Verpflichtung erfüllen und sich ihrer zuständigen Organisation anschließen würden. Schon das bloße Vorhandensein einer geschlossenen organisierten Arbeiterschaft würde manche heute noch notwendigen Ausgaben überflüssig machen.

### Aus einem Naziparadiese

Von einem Kollegen aus der Zahlstelle Wittmund, im Lande Oldenburg, wird uns geschrieben:

Vor den Wahlen haben die Nazis sich als Arbeiterpartei aufgespielt und den Notleidenden versprochen, daß sie, wenn sie erst an der Macht sind, den Arbeitern Lohn und Brot und wenn nicht Arbeit, dann ausreichende Unterstützung geben werden. Nun, wo die Nazis an der Macht sind, denken sie nicht mehr daran, ihre Versprechen auch einzulösen, besonders schlecht geht es den Wohlfahrts-erwerbslosen im Kreise Wittmund. Ueber die Anträge der Hilfsbedürftigen entscheiden die Landkreise. Der Landkreis Wittmund gilt als Hochburg der Nazis, dieser Partei, die sich Arbeiterpartei nennt. Berechtigte Anträge auf Unterstützung werden brutal abgelehnt. Den Arbeitern bleibt weiter nichts übrig, als sich einen Platz auf dem Friedhof anzusuchen.

Werden Unterstützungsanträge genehmigt, so betragen die Sätze, je nach Familie, 2,50 bis 3,— RM pro Woche. Da kann man nicht mehr sagen „Zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel“, sondern das reicht für beides nicht; davon kann man noch nicht einmal den Friedhofsplatz bezahlen. Hoffentlich genügt dieser Anschauungsunterricht, das soziale und arbeiterfreundliche Gesicht der Nazis ins rechte Licht zu rücken. Arbeiter, sorgt für Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation, damit diese sich für Verbesserung der Lage der gesamten Arbeiterschaft einsetzen können.

# Der fliegende Holländer / von Walter G. Oschilewski

Es war mein spanischer Freund Alfonso, der mir anlässlich meines zwanzigsten Geburtstages aus einem unerklärlich gebliebenen Grunde so eine herunterhaupte, daß ich zeitweilig den Kopf tragen muß wie ein schiefgewachsenes Melon. Ich will diese Geschichte nicht mehr anrühren, weil er mein Freund wurde, ein tapferer, hilfsbereiter Soldat gemeinsamen Lebens. Wir waren beide jung, was vielleicht auch Alfonso etwas merkwürdigen Glückwunsch entschuldigen könnte. Von einer breitmästrigen Mutantin und einem spanischen Edelmann oben im Kantabrischen Gebirge geboren, wog er 90 Kilo netto und hatte ein Maulwerk wie eine Trompete. Die Schweißgläser begannen zu marschieren, wenn er lustig wurde und ein Abenteuer ersann, dem wir beide dann nachhiefen, hopp, hopp, bis wir es erwischten und uns das Fell ritzten und einen Kreislauf ins Blut setzen ließen. Gefährliche Abenteuer oft die mir, einem dummdreisten, verschlagenen, recht unangenehmen mehr von Erfahrungen als vom Geist ewig beunruhigten Knaben riesigen Spaß machten, einen aber auch krank aufgeraut und müde nach Hause gehen ließen. Nun saßen wir wieder im „Strammen Peter“ beisammen, die ganze Kolonne unserer Jugend; Pieter, Baldus, Pieter, Olga, Maströ, Josua,

Wittebald, ein baumlanger Kölner Jung, der in letzter Zeit viel über Zahnschmerzen klagte, eine himmlisch versoffene, mit vollblütigem Temperament geladene Seele, war knurrig, daß er diesen Saukahn fahren mußte, und wäre gern einmal dahinten geblieben. Aber abgebrannt bis auf den Segelsack, wie die Jungens alle, mußte er Heuer nehmen, die er postwendend in St. Pauli verbubelte. Jetzt konnte er noch so sehr auf die Arbeit schimpfen, sie hing ihm am Hals — was half da alles Pötlern und Lamentieren! Man muß leben, wenn auch oft wie ein Schwein, um nicht ins Gras zu beißen. Noch hatte man Fausto, die nicht von Pappo waren, und die man oft gern, wie es so in der Ordnung gewesen wäre, dem Kapitän oder dem Reeder oder der Aktiengesellschaft unter die Nase gesetzt haben würde. So trafen wir wieder zusammen: Wulper, Schmitthener, Josua, Wittebald und ich, verbunden in dem gleichen Schicksal, sich nie richtig ausschlafen zu können, immer den schwankenden Sarg unter einem jahraus, jahrein den Dreck fressen müssen, den einem die anderen, die es besser haben, vor die Füße werfen.

Schmitthener, der Pause hatte, saß achtern und war gerade schweißtröpfelnd bemüht, seine arg löcherigen Socken für die australische Landfahrt herzurichten. Die Sonne, schon mit dem dickflüssigen Schatten der hereinbrechenden Dunkelheit gemischt, lag noch heiß auf den Brettern, daß das Holz knarrte. Kien, unser kleiner struppiger Küchenjunge, ließ in vierstündigen Abständen Wasser auf das Deck laufen, um etwas Kühle und Linderung zu schaffen.

Die Maschinen stampften verdrossen im Bauch unseres „Eimers“. Es war ein trostloses Leben. Wir krochen langsam Australien zu.

Langsam froh auch die Sonne im Voraus. Wie in Lava getaucht brannte sie uns zu Schemen und fiel dann, von uns allen gewünscht, in die beginnende, heraufeilende Nacht.

Ein leiser Wind machte sich auf und blies in die Backen, leckte uns ein wenig die Haut kühl. Nur der Maschinist und der Nigger, der den ersten Heizer machte, hockten eingepökelt in der unmenschlichen Hitze unter Deck.

Josua, Schmitthener und die anderen Jungens, die frei waren, gingen in die Kombüse pennen.

Wittebald hatte Steuerwache. Inzwischen kamen Wolken herauf, ganze Kolonnen schwarzer, unheimlicher Felsmassen verarmelten das Tor des Himmels und lasteten drohend über uns und verdunkelten die so hell mit Sternen und Lichtern begonnene Nacht. Auch der Wind hieb schon kräftiger das Wasser gegen die Bordwand.

Gegen 1 1/2 Uhr gab es plötzlich einen fürchterlichen Stoß, daß einem die Eingeweide durcheinander rutschten und alles, was nicht gerade festgenagelt oder festgewachsen war, durcheinander purzelte. Die Hängematten plumpsten bodenwärts. Schmitthener schrie: „Worden die Walfische ungemütlich?“ um, da er allzu unglücklich zu Fall gekommen war, bei seiner angeborenen Jämmerlichkeit aufzuwimmern.

Oben auf Deck radauten schon mehrere Stimmen. Der Kapitän riß sich den Bart, was ihn bei Gott nicht schöner und gemüthlicher machte, und fluchte Alles, was noch unten war, ging nach oben.

Ein paar Kerle hatten schon Lampen klar gemacht, damit wir uns nicht in die Füße rannten.

Was war eigentlich los?

„Riff! Angehaun!“  
Das war eine nette Bescherung. Sitzen wir da nachts auf dem Stillen Ozean wie festgebacken und konnten nicht loskommen, auf dem 16. Grad südlicher Breite lagen wir etwa. Die

Panmotulusseln, die sich, eine zerfaserte Wolke von kleinen Eilandern, fast 1500 Kilometer durch den Ozean ziehen, mußten in der Nähe sein. Auch Tahiti.

Kapitän Struppeter ließ die Jolle herunterschnurren und fuhr, aufgeblasen wie ein Schulmeister, um den „Eimer“, nachzusehen, was eigentlich zu tun sei.

Mir war alles piepo.  
„Samuel soll die Maschine laufen lassen!“  
Es, pustokohl, der „Eimer“ rumorte, schnarrte, prustete und blieb einfach sitzen.

Der Wind zischte mit einem gläsernen Knall über das Deck, riß das Takelwerk und schlug uns um die Ohren. Es begann zu regnen.

Das war ein ganz gefährliches, heimtückisches Gewässer, sage ich euch. Die größten Korallenriffe der Welt liegen in dieser Gegend. Kleine Teufel, vielleicht das einzige, was der Seemann fürchten mußte. Die Inseln, denen wir benachbart sein mußten, sind unzählige kleine Steinfetzen, die oft sehr tief liegen. Im Jahre 1903 brach der Ozean

über sie her und fraß alles auf, was lebend und tot auf ihnen hockte.

Wir konnten nicht allzu weit von diesen Ansiedlungen ablegen.

Zwei Stunden standen wir schon im Regen und versuchten noch immer den Kahn frei zu bringen. Er schien wie mit Ketten in der Tiefe zu hängen, vielleicht machte es ihm Spaß, auch einmal ruhig schlafen zu können.

Was blieb uns anderes übrig, als Land zu suchen; das südöstlich liegen mußte, um Hilfe zu holen?

Was nützte es wohl, wenn wir in einer von Regen und Wind ummauerten Südsee nach die Topplaternen schlangen, das Nebelhorn schreien ließen, Raketen in den verwüsteten Himmel schickten?

Niemand würde das Licht der Laternen sehen.

Niemand würde das Nebelhorn schreien hören.

Niemand würde in den verwüsteten Himmel schauen. (Schluß folgt.)

## Himmelskörper-Rekorde

Wie das Mount Wilson-Observatorium festgestellt hat, wurde eine ganze Welt gefunden, die man ohne Bedenken als die schnellste Welt bezeichnen kann, bzw. als das schnellste Weltensystem. Die Milchstraße, die bekanntlich auch ein Weltensystem für sich ist und zudem unsere Sonne und unsere Erde gehört, macht in der Sekunde 750 Kilometer. Mit dieser Geschwindigkeit bewegt sie sich nach dem Stern Capella. Nun wurde im Sternhaufen des „Großen Bären“ ein Nebel festgestellt, der sich mit der rasenden Schnelligkeit von 11.500 km in der Sekunde fortbewegt. Er ist also nicht weniger als fast 20mal so schnell wie unsere Milchstraße. Dieser „Nebel“ ist etwa nicht eine Nebelerscheinung, sondern er ist ein ganzes Weltensystem im Sinne der Milchstraße, erscheint uns aber nur wegen seiner großen Entfernung als Nebel. Noch andere Rekorde können wir verzeichnen. Der Stern „Capella“ ist nicht nur ein Riesensystem von ungeheurer Größe, sondern er ist auch einer der leichtesten Sterne, der am Himmelszelt seine Bahn zieht. Dieser Stern im „Fuhrmann“ hat nämlich eine Materie, die nicht viel dichter ist als unsere Luft. Wenn Menschen auf ihm wohnen könnten, dann würden sie ihn geradezu einatmen können. Dieser Stern war schon den alten Griechen gut bekannt und sie haben ihn in einer Sage verwendet. Die Ziege der Amalthea, die den jungen Zeus nährte und deren Fell dem Gotte später als Schild diente, wurde nämlich nach griechischer Auffassung unter die Sterne versetzt. Daher hat sie auch ihren Namen erhalten, denn „capella“ heißt Ziege.

Die Natur hat aber noch größere Ueberschreibungen, denn es gibt tatsächlich noch einen leichteren Stern, nämlich den „Antares“. Seine Masse ist so gering, daß sie ungefähr die Dichtigkeit eines mit einer Luftpumpe geleerten Raumes hat. Der Stern ist feuerrot und gleich dem Capella ein Riesensystem. Dieser „Antares“ kann für sich den Rekord in Anspruch nehmen, wirklich der leichteste Stern am Himmelszelt zu sein. Das Gegenstück zu ihm ist ein von dem Astronomen van Manen gefundener Stern, der angeblich 400.000 mal so dicht ist wie das Wasser. Das ist schon eine ganz unvorstellbare Dichtigkeit und Schwere. Platin ist schon sehr dicht und schwer, aber dieses „Objekt von Manen“ ist noch 16.000 mal so schwer wie Platin. Ein Mensch von dem Normalgewicht von 75 kg würde auf diesem Stern ein Gewicht von vielen hunderttausend Kilogramm haben. Man müßte aus Eisen bestehen, wenn man da oben leben wollte. Wie derartige Dichten entstehen, ist auch dann noch ein Geheimnis, wenn man annimmt, daß der Stern nur aus Atomkernen ohne Elektronen besteht. Es ist nämlich unerklärlich, wie eine derartige Masse entstanden sein soll. Schon der Begleiter des „Sirius“, der

die 50.000fache Dichte des Wassers hat, war der Forschung ein Rätsel, und dieser Stern ist noch Smal so dicht. Man erkennt daraus, daß die Schöpfung die merkwürdigsten Gegensätze schafft. Wenn wir auch glauben, daß die Sterne, die wir in der Nacht am Himmel sehen, alle ziemlich gleich sind, so erkennen wir aus diesen Angaben, daß die Unterschiede ungeheuer groß sind. Es gibt am Himmel zahlreiche dunkle Sterne, die überhaupt keine Wärme mehr haben. Sie rauen kalt und tot durch eine Kälte von 373 Grad Celsius, von der der Weltraum erfüllt ist. Der Gegensatz zu diesem Rekorde an Kälte ist ein Rekorde an Hitze, den ein Stern im Sternbild des „Pegasus“ darstellt. Das Mount Wilson-Observatorium hat festgestellt, daß dieser Stern eine Rekordtemperatur von 400.000 Grad aufweist. Er ist also rund 70mal so heiß wie die Oberfläche der Sonne. Wenn er uns scheitern würde, dann wären auf der Erde Temperaturen von 2000 Grad nicht gerade eine Seltenheit. Wir müssen also dankbar sein, daß wir diese ungeheure Hitze nur aus der Ferne bewundern können.

## Schriften und Bücher

Die Komödie der Tiere. Es gibt viele Kenner und Liebhaber, Schilderer der Tiersee, aber keiner hat uns das Eigenleben eines Affen, Elefanten, Löwen, Marabus oder einer Antilope mit so feinen Einfühlungen dargestellt wie der „Franzose André Déma'son“ in seinem Buch „Die Komödie der Tiere“, das jetzt zum Preise von 2,70 Mark in vorzüglicher Ausstattung und in Leinen gebunden bei der Buchergilde Gutenberg herauskommen ist.

Ein weiser Mann gibt den Tieren des Urwaldes ein Asylrecht in seinem Hause. Allmählich werden die Tiere seine Freunde, die Löwin, der Marabus, die scheue Antilope, der Elefant und schließlich ein Affe, der sich besonders innig an seinen Herrn anschließt. Dieser wiederum erwirbt die freundschaftlichen Gefühle so stark, daß es wegen der „Besetzung des Affen“ zu einem Konflikt mit den schwarzen Elefanten kommt. Schließlich wissen die Schwarzen durch Drohungen und Sabotage ihren Willen durchzusetzen. Das Buch, das bei seinem Erscheinen den großen Preis der französischen Akademie erhielt, wird sich infolge seiner hervorragenden poetischen Eigenschaften auch in Deutschland schnell einen guten Platz erobern.

Ein moderner Gewerkschaftsroman. Ein Roman, der die modernen Probleme der Arbeiterbewegung zum Gegenstand hat, der sich mit all den Fragen wie Spaltungs-tendenzen der Arbeiterklasse, Gründung einer ROO, Betriebsräte und Räteabteilungen befaßt — ist das nicht ein gewichtiges Unternehmen? Nur ein Schriftsteller, der sich bereits durch mehrere Romane und durch seine sonstige Tätigkeit im Rahmen der Arbeiterbewegung ausweist, kann es wagen, diese Aufgabe so zu lösen, wie das im Sinn der Sache liegt, der er dienen will. Karl Schröder, in der deutschen Arbeiterbewegung seit langem als Schriftsteller und Agitator bekannt, hat mit seinem neuen Roman „Klasse im Kampf“ — Buchergilde Gutenberg, Berlin, in Leinen 2,70 RM — den Beweis erbracht, daß der Schriftsteller auch ein zeitgenössisches und aktuelles Thema mit Erfolg behandeln kann, daß er nicht erst 10 und 20 Jahre geschichtlichen Abstand braucht, um objektiv zu sein. Der Verfasser kennt die Dinge und die Personen, die er darstellt, aus eigener Anschauung und aus der ersten Berührung heraus. Trotz aller kleinen und kleintlichen Dinge, die der Roman nicht verschweigt, wird doch das große Ziel der kämpfenden Klasse sichtbar. Wir begrüßen diese Neuerscheinung der Buchergilde als eins von den besten Werken, die den Willen in sich tragen, kämpferisch in die Gegenwart hineinzuweisen, und aus denen der Glaube an die Zukunft spricht.

Selbstverwaltung, Aufsicht und Wahlen im Sozialversicherungswesen. Von P. Okraß. Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen Berlin. Heft 26 der Fortbildungsschriften für Angestellte in der Sozialversicherung. Verlag Zentralverband der Angestellten, Berlin, W. 57, Potsdamer Str. 75, 1932. Preis für Z.A.-Mitglieder 0,50 RM, im Buchhandel 1,— RM. Auf kleinem Raum bringt die Schrift alles das, was der ehrenamtliche Mitarbeiter in der Sozialversicherung über seine Aufgaben und seine Wahl wissen muß. Diese Schrift aus sachkundiger Quelle sollte jeder Mitarbeiter der Sozialversicherung durcharbeiten und sich aneignen.

## 1932 ist der 53. Wochenbeitrag fällig

Nach § 9, Ziffer 8 unseres Verbandsstatuts, sind in jedem sechsten Jahre 53 Beiträge zu leisten. Zum letzten Mal war der 53. Beitrag im Jahre 1927 zu entrichten. Da jedoch in den Zeitraum von 1927 bis 1932 zwei Schaltjahre fallen, beträgt die Zwischenpause nicht sechs, sondern nur fünf Jahre. Die Nummer unseres Verbandsorgans bezeichnet jeweils den fälligen Verbandsbeitrag. Es ist also mit der Nr. 53 dieses Jahres auch der 53. Beitrag fällig.

Der Hauptvorstand

## Ausschlüsse

Angeschlossene wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a und d. in Verbindung mit § 14, Ziffer 6 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Heilbronn: Wilhelm Schmidt, Buch-Nr. 1018/169; Radeburg: Karl Voigtländer, Buch-Nr. 814/653.

## Arbeitsmarkt

Tüchtiger Kapseldreher, 25 Jahre alt, ledig, in allen einschlägigen Arbeiten gut bewandert, sucht baldmöglichst Stellung. Angebote unter „F. 2“ an die Expedition des „Korun-Bund“.

## Angepackt!

Die Straßen donnern, Schitte dröhnen, Maschinen rasen wilden Takt. Es rauchen Essen, Menschen stöhnen und Schreie gellen: Angepackt! Pack an, schreit dir die Zeit entgegen, Anpacken heißt das Wort, das diese Welt

Wer anpackt, wird die Welt bewegen, wer sie bewegt, schafft neue Zeit.

Pack an, das heißt für unsre Ziele streben, für die wir einstehn Hand in Hand.

Pack an, das heißt für eine helle Zukunft leben,

pack an, das heißt: Stärk den Verband!

Erich Grisar.

Tom und ich und mopsten uns gewaltig. Es war eine mächtig ruhige Zeit in Hamburg. Seit Wochen hing der Regen in den Straßen, der Frühling hatte schlapp gemacht und lag noch hinter dem Bauzaun. Josua ließ Stroh-hölzer in den Bierlachs schwimmen, eine ganze Flottille: Großschlachtschiffe, Schlachtschiffe, Torpedobote, die er aus Langeweile und Stumpfsinn gegeneinander hetzte. Pieter trommelte auf Olgas Hinterteil einen Afrikaner, Pieter massierte die Stubenfliegen und selbst Alfonso, dem es scheinbar nicht gut ging, steckte den Zeigefinger in die Nase. Wenn das so weiter ging, wären wir alleamt blöd geworden. „Himmelsgegnacht! Wir fallen auseinander, wenn uns kein Sarg winkt“, rebellierte ich um die zehnte Stunde und steiß Alfonso, der gerade unter den Tisch schlündern wollte, in die Rippen und löcherte ihn, uns doch eine Geschichte zu erzählen, die uns den Sternen näher treiben sollte und etwas im Herzen zurücklassen würde. „Schön!“ sagte Alfonso, und tauchte den Daumen mit einer seltsamen gebetsähnlichen Gebärde in das Runglas, um sich die Nase anzufeuern. „Schön, ich will euch etwas erzählen, damit ihr genug habt.“ Und er begann folgende Geschichte, die wiederzube-richten mir Freude und Vergnügen bereitet.

Die Jungens vom „King Edward“, der der nach außen hin noblen, aber für Eingeweihte nicht weniger schabigen Cunard Steam Ship Co. gehörte, nannten ihren alten Dampfkahn, für den ich kein Stück Haut hergeben würde, „Eimer“. Ja, „Eimer“ nannten sie ihn. Kapitän Holzisen aus Blankenese, ein Großonkel von mir, fuhr schon an die zwanzig Jahre einen sehr üblen angestrichenen „Seehund“. Wittebald, Wulper und Hein krabbelten in kurzweiligen Abständen mit einem ganz verrosteten „Stöckfisch“ durch die Weltmeere. Und „Pott“ und „Schlickrutscher“ sind auch lange gut genug für einen schwimmenden Trecksarg. Dazu kommen nun noch die Namen, die ihnen die Reeder auf den Bauch klopfen, schimmerte, mit Salz und Feuer eingebraute. So hat denn ein jeder seinen Spleen fürs Leben; das ist so eine Berufs-krantheit, und was dem einen ein Uhl ist, ist dem andern ein Nachtigall.

Unser „King Edward“ hieß also „Eimer“ und war wirklich keine Staatskarosse, lag alle Jahr auf Reparatur. Er war 81,95 Meter lang, 13 Meter breit, lief 1920 in Liverpool vom Stapel, kostete, wenn es an der Not war, Segel setzen und hatte mit vierfacher Expansion-maschine etwa 1450 Pferdekraft. Ich will von ihm eine Geschichte erzählen, die mit Sandpapier gewaschen ist und die ein recht schön Model im Mast werfen kann.

Ja, es war inzwischen Oktober geworden, Donnerstag, Sakrazentuch. Die Zeit war vergangen wie ein Haalstuch. Der „Eimer“ vor San Franzisko kommand. Bei Kora Australien, hatte Blockkannen und Werkzeuge an Bord und wir waren fünfzehn Mann Besatzung. Die bergwilden Marquesen sind die weiß Gott warum, nach einem gewissen Marquis oder Marquis de Mendosa, einem spanischen Vizekönig von Peru, den Namen erhielten, lagen glücklichweise schon hinter uns. In einer Woche konnten wir, wenn alles klappen würde, nach Brisbane kommen. Unser breitschultriger Josua, was unser aller Freund ist, stand auf Deck und piff den Priem über Beckhard, daß einem Hören und Sehen vergehen konnte und ging dann schern. Primp, lag er in einem Topf Tausend, fluchend, wahnwitzig müde, wie wir alle, blieb er liegen; ja, es war, obwohl schon ein orangefarbener Abend über uns lag, heiß, wie ein Umfallen

## Frauenabend in Hannover

Am 19. November 1932 fand wieder ein Frauenabend der Zahlstelle Hannover statt. Diesmal konnte der kleine Volksheim-saal kaum die Besucher fassen, welche gekommen waren, um im Kreise Gleichgesinnter einige frohe Stunden zu verbringen.

Der Spielchor und die Fanfarenbläserinnen der Fabrikarbeiterjugend eröffneten mit einem Musikstück die Feier. Die Kollegin Zammer schilderte in eindringlichen Worten die „Frauenaufgaben einst und jetzt“. Frauenaufgaben einst und jetzt, das bedeutet für uns zunächst Erkennen, daß die Aufgaben-gebiet der Frau sich nicht nur grundlegend gewandelt hat, sondern auch größer geworden ist. Das bedingt die ganz andere Stellung der Frau in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Da es nicht mehr das reiflose Wesen von früher, sie spielt auch nicht mehr die untergeordnete Rolle im wirtschaftlichen Leben, sondern sie ist politisch gleichberechtigt, und als erwerbstätiger Mensch steht sie im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens. Unzählige Industrien können und wollen die Frau heute nicht mehr entbehren — sei es aus der Billigkeit, die im Profitinteresse der Unternehmer oder sei es, weil die Frau für viele Arbeiten geschickter ist als der Mann. Die Arbeits-gleichheit für Frauen ist größer als für Männer.

Die wirtschaftliche Not zwingt die Frauen immer mehr für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Die Arbeitslosigkeit trifft die Frauen ebenso hart wie die Männer. Durch den alljährlich verfallenden Lohnabzug der Regierung ist die Spanne des Lohnes zwischen Männer und Frauenlöhnen wieder größer geworden.

Trotzdem die Frau im Erwerbsleben ihre Minderbezahlung fühlt, findet sie nur sehr schwer den Weg zu ihrer wirtschaftlichen In-

teressenvertretung, zur freien Gewerkschaft. Hier ist es Aufgabe der Funktionärinnen und auch der Hausfrauen und Mütter, in der organisierten Arbeiterschaft die uns noch fernstehenden Frauen und jugendlichen Arbeiterinnen auf die Erfolge der Gewerkschaften hinzuweisen.

Alle die erworbenen Rechte, wie Lohnregelung, Urlaub, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Unfall-schutz, Schwangeren- und Wöchnerinnen-schutz, Arbeitslosenversicherung sind die Gefahr. Wir Frauen müssen für ihre Erhaltung und den weiteren Ausbau eintreten.

Ein leuchtendes Beispiel der Solidarität sind die Leistungen der freien Gewerkschaften, insbesondere des Fabrikarbeiterverbandes, durch seine Unterstützungseinrichtungen. In den Zeiten der schwersten Wirtschaftskrisen hat diese gegenseitige Hilfe in unendlich vielen Familien die schwerste Not lindern helfen. Die Mitarbeit im Verband sind wir auch unseren Kindern schuldig, denn um ihre Zukunft, um ein menschenwürdiges Dasein geht es.

Im Anschluß an das mit großem Beifall aufgenommenen Referat zeigte uns der Sprecher der Jugendgruppe in einem satyrischen Zeitbild — betitelt „Nun grade“ — ihre eigene Not und Sorgen. Aus dieser Aufführung sprach viel eigenes Erleben und wurde ebenfalls mit reichem Beifall belohnt.

Einige weitere Rezitationen und auch die Darbietungen der Volksgruppe der Fabrikarbeiterjugend erregte die Anwesenden und hielt sie noch einige Stunden beisammen.

Hoffen wir, daß der Erfolg durch eine zahlenmäßige Stärkung der Organisation nicht ausbleibt und den Wankelmütigen die Zugehörigkeit und das Vertrauen zum Fabrikarbeiterverband gefestigt hat.

E. Rumberger.